

Konstantin Simitis

Quo vadis Griechenland

Meine Damen und Herren,

Ich möchte mich zunächst herzlich für die so freundliche Einladung bedanken, heute hier zu sprechen. Lassen Sie mich aber gleich hinzufügen, dass ich auch deshalb besonders gerne gekommen bin, weil wir gegenwärtig inmitten einer Krise sind, die mehr denn je dazu verpflichtet, die Probleme, mit denen sich die Europäische Union konfrontiert sieht, besser zu verstehen sowie möglichen Auswegen nachzugehen. Ich brauche Sie im Übrigen kaum daran zu erinnern, wie sehr die Schuldenkrise seit etwa zwei Jahren die öffentliche Diskussion beherrscht und wie nachdrücklich dabei immer wieder auf Griechenland verwiesen wird.

Der Titel der heutigen Veranstaltung, "Griechenland quo vadis?", impliziert, dass der Kurs Griechenlands eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union spielt. Nicht nur weil, um lediglich an zwei, der immer wieder angeführten Anknüpfungspunkte zu erinnern, daß die Schuldenkrise in Griechenland eingesetzt hat, sondern auch, dass das Unvermögen dieses Landes, seine Schulden zu begleichen, der heutigen wirtschaftlichen Unsicherheit in der Union zugrunde liegt. Hinzu kommt der Vorwurf, Griechenland sei es gelungen der WWU beizutreten, ohne die Voraussetzungen dafür erfüllt zu haben. Die Europäische Kommission sei überdies genauso über die Höhe seines Defizits wie über seine Verschuldung getäuscht worden,

eine freilich, allen noch so häufigen Wiederholungen zum Trotz, falsche und deshalb unhaltbare Behauptung.

2004 hat die konservative griechische Regierung im Einvernehmen mit Eurostat die Regeln geändert, aufgrund derer ihre sozialdemokratische Vorgängerin die Verteidigungsausgaben in den Haushalt verbuchte. Während zuvor die Verteidigungsausgaben auf der Grundlage des Lieferungsdatums des Endprodukts gebucht wurden, orientierte sich nunmehr die Verbuchung am jeweils relevanten Vertragsdatum. Diese Änderung wurde rückwirkend vorgenommen und ergab für alle vorherigen Jahre ein höheres Defizit.

Die Frage, wann die Verteidigungsausgaben von den Mitgliedstaaten zu buchen sind, ist in der Folgezeit auf Antrag mehrerer Länder erneut geprüft und entschieden worden. Eurostat legte am 9. März 2006 fest, dass die Buchung der Militärausgaben sich verbindlich an die Lieferung des Endprodukts halten muss. Mit anderen Worten, die von der früheren Regierung, also vor 2004 in Griechenland angewandte Regelung wurde als ebenso richtig wie verpflichtend anerkannt, eine Entscheidung, die in jedem Fall von 2005 an beachtet werden musste. Eurostat ermutigte allerdings die Mitgliedstaaten, auch bei Angaben, die in den vorangegangenen Jahren angefallen waren, so zu verfahren, falls sie dies wünschten. So werden nun seit 2005 die griechischen Ausgaben für Rüstungsgüter nach dem Datum der Lieferung verbucht. Die Angaben für die vorangegangenen Jahre wurden jedoch von der griechischen Regierung nicht revidiert. Hätte sie freilich diese Anpassung vorgenommen, würden die Defizite der

früheren Jahre sehr viel niedriger, noch präziser, unter die drei Prozent Grenze, ausfallen. Die Behauptung, einer kreativen Buchführung wäre somit ebenso klar wie unübersehbar widerlegt worden.

Das Defizit Griechenlands belief sich vor der falschen Revidierung der Daten des für den WWU-Beitritt entscheidenden Jahres 1999 auf 1,8% des BIP, bzw. auf 3,07% des BIP nach der Revision. Viele glauben nach der wieder und wieder behaupteten Verfälschung der Daten und der angeblichen Täuschung der Eurozone, dass Griechenland das einzige Land mit einem Defizit von über 3% nach der Revision der Daten sei. Den von Eurostat veröffentlichten Daten zufolge hatten freilich Spanien in dem für seinen Beitritt ausschlaggebenden Jahr 1997 ein Defizit von 3,37% des BIP (Bruttoinlandsprodukt), Frankreich 3,31% und Portugal 3,38%. Diese die 3%-Grenze offenkundig überschreitenden Defizite wurden, genau wie im Fall Griechenlands, nach den wiederholten Überprüfungen der Daten durch Eurostat festgestellt. Von 'kreativer Buchführung' ist allerdings immer nur dann die Rede, wenn es um Griechenland geht. Mehr denn je ist es deshalb an der Zeit, diese Diskussion zu beenden und sich stattdessen ganz auf die Fragen zu konzentrieren, die wir gegenwärtig angehen müssen.

Griechenland stand seit 2004 gemäß den EU-Veträgen fast dauerhaft unter Finanzaufsicht, weil sein Defizit die 3% des BIP überstieg. Die damit zusammenhängenden Probleme wurden jedoch erst gegen Ende des Jahres 2009 angesprochen. Die

Aufsicht seitens der Europäischen Kommission und des zuständigen Kommissars hätte aber sehr viel früher auf den Anstieg des Defizits und der Verschuldung klar hinweisen müssen, um einer nicht kontrollierbaren Situation zuvorzukommen. Politische Affinitäten zwischen der griechischen Regierung und der EG-Kommission unterliefen allerdings eine substantielle Überwachung. Die EG-Kommission ließ es an der notwendigen Objektivität ebenso wie an der gebührenden Sorgfalt fehlen, die allein es erlaubt hätten, der sich seit 2007 verschlechternde Lage, effektiv entgegenzuwirken. Eine rechtzeitige und gezielte Intervention der EG-Kommission hätte Griechenland vor einem Schuldenproblem dieses Umfangs bewahrt.

Die Defizite Griechenlands sind keineswegs der ausschließliche Grund für die heutige Krise der Eurozone, wie so oft, wider besseres Wissen, betont wird. Die Schulden entstanden eben nicht allein durch maßlose Verschwendung. Hierfür gibt es durchaus auch andere Gründe, wie allein schon das Beispiel Spaniens illustriert. Spanien durchläuft heute auch eine Krise, obwohl es keine Defizite oberhalb der 3%-Grenze des BIP aufwies und eine staatliche Verschuldung hatte, die 2006 lediglich 31% des BIP ausmachte. Auslöser der Krise waren die unbedachte Entwicklung der Bautätigkeit, der Zusammenbruch der Immobilienpreise, das Unvermögen der Banken, die gewährten Kredite einzutreiben, sowie die letztendlich unvermeidliche Intervention des Staates zur Rettung der Banken und zur Eindämmung der Krisenfolgen.

Die Diskrepanz des Wachstumsniveaus zwischen dem Norden und dem Süden, die geringere Wettbewerbsfähigkeit der Staaten der Peripherie der Union und die großen Defizite ihrer Außenhandelsbilanzen sind weitaus ernstere Gründe für die zunehmenden Schulden der Staaten des Südens als die administrative Unfähigkeit ihrer Regierenden. Der Süden erwirbt im Norden hochqualitative und spitzentechnologische Industrieprodukte. Im Gegensatz dazu kauft der Norden weitaus weniger Produkte im Süden. Zwischen 2000 und 2007 war das durchschnittliche Jahresdefizit der Handelsbilanz Griechenlands 8,4% des BIP und das entsprechende Defizit Portugals 9,4%, während der Überschuss Deutschlands bei 3,2% und Hollands bei 5,4% lag. Um dieses Defizit decken zu können, sind die Staaten der Peripherie gezwungen, immer mehr Kredite aufzunehmen. Der Anstieg ihrer Staatsschulden ist der Preis dafür.

Diese Entwicklung war von den Begründern der WWU nicht vorhergesehen worden. Sie glaubten, der freie Kapitalverkehr sowie der Binnenmarkt garantierten, dank der niedrigeren Arbeitskosten der Staaten der Peripherie, Investitionen und könnten somit das Gefälle zu den entwickelten Staaten progressiv verringern. Sie übersahen aber dabei, dass sich der Konvergenzprozess nicht innerhalb weniger Jahre abschließen lässt. Der Wachstumsrückstand ist eben nicht allein auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen, vielmehr auch auf den Rückstand in anderen Bereichen, etwa der Verwaltung und der Bildung, bei denen Veränderungen Zeit erfordern. Auch meinten sie, dass die Überschreitung einer tolerablen Defizitgrenze der Zahlungsbilanz der Peripherie-Länder dazu führen würde, die

Finanzierung der Importe durch die Banken auszusetzen, Unternehmen zu schließen und die Nachfrage für importierte Produkte empfindlich einzuschränken. Unter dem Druck der rückläufigen Wirtschaftsaktivität würde so das Defizit abnehmen und es zu einem zunehmenden Gleichgewicht bei den internationalen Transaktionen kommen.

Genau diese Annahme hat sich freilich als unzutreffend erwiesen. Die Banken setzten ihre Finanzierung auch nach einer Überschreitung der vagen Sicherheitsgrenze fort. Als sie sich von anderen Kreditinstituten nicht mehr Geld leihen konnten, sahen sich die konkret involvierten Staaten gezwungen, die jeweils betroffenen Banken durch eigene Kreditaufnahmen zu stützen. Das Ergebnis war ein enorm hoher Schuldenberg. Nötig, ja unausweichlich ist also eine neue Art des Umgangs mit dem Gefälle zwischen dem entwickelten Kern der Eurozone und ihrer weniger entwickelten Peripherie. Ansonsten wird es auch in Zukunft immer wieder zu Krisen kommen.

Die Länder der Peripherie weisen neben geringerer Wettbewerbsfähigkeit auch Rückstände in der Organisation der Verwaltung, in der Effizienz ihrer Dienstleistungen sowie in den erforderlichen Kenntnissen und der Kompetenz ihrer Staatsangestellten. Die Regeln der Europäischen Union werden zwar umgesetzt, allerdings mit Verzögerungen, Mängeln und auf einer Weise, die nicht mit den Bestrebungen der Union vereinbar ist. So war beispielsweise das griechische Amt für Statistik bis vor kurzem noch Teil des Finanzministeriums, von dem es auch Anweisungen erhielt. Seine Arbeitsweise als unabhängige

Behörde wurde von heftigen Auseinandersetzungen im Vorstand über die Art, wie die Daten zu präsentieren seien, begleitet. Einige der Mitglieder bestanden darauf, die Anstrengungen der Regierung mit Hilfe der Statistiken zu unterstützen.

Die Mängel in der Arbeitsweise der staatlichen Institutionen waren auch Anlass für die Behauptung, dass Griechenland, ebenso wie andere Staaten der Peripherie der WWU nicht hätten beitreten dürfen. Die WWU ist jedoch kein Club hochentwickelter Staaten, deren gemeinsame Bestrebungen den Interessen jener Länder zuwider laufen, die sich im Rückstand befinden. Vielmehr ist sie eine Entwicklungsstufe der Union zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder. Sie soll dazu verhelfen, Beziehungen aufzubauen, die gemeinsame Wachstumsbemühungen stärken, die schrittweise Konvergenz der Wirtschaften fördern und eine bessere Nutzung der Chancen erlauben, welche durch die Abschaffung der Grenzen und die gemeinsamen Ziele geboten werden. Sie ist mit anderen Worten der gemeinsame Fortschrittsplan. Konsequenterweise muss sie in ihrer Ausgestaltung sowohl die Stärkeren mit all ihren Möglichkeiten, wie auch die Schwächeren mit ihren Unzulänglichkeiten einbeziehen können. Ein ebenso konkreter wie genauer Plan ist deshalb dringend erforderlich, der die Ungleichgewichte berücksichtigt sowie die Tatsache bewertet, dass die entwickelten Staaten nicht nur belastet werden, sondern dank ihrer Finanzdienstleistungen und ihrer Exporte durchaus erhebliche Gewinne erzielen.

Das politische, wirtschaftliche und soziale Netzwerk, das durch den bis zum heutigen Zeitpunkt gemeinsamen Kurs entstanden ist, stellt eine enorme Investition an Ideen, Kapital und Arbeit dar, die keiner der Mitgliedsstaaten ignorieren kann, ohne einen beträchtlichen Preis dafür zu zahlen. Die Auswirkungen einer Spaltung der WWU lassen sich nicht berechnen. Sie würden auch für die äußerst negativ ausfallen, die womöglich meinen, die WWU diene nicht vollständig ihren wirtschaftlichen Interessen. Kurzum, alle Staaten würden um ein Vielfaches herabgestuft werden und zwar sowohl im Hinblick auf ihre politische Resonanz als auch im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Solidarität ist ein Begriff, der gewissen Ländern der Union nicht genehm ist. Sie verbinden mit ihm eine Interpretation, die sich ganz auf die Notwendigkeit konzentriert, jene Länder zu unterstützen, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten. Doch die Realität zwingt zu einem gegenseitigen Beistand, dessen Ausmaß nicht allein durch juristische Texte vorgegeben wird, vielmehr auch durch einzelne Vereinbarungen sowie durch bereits entstandene Beziehungen und den damit verbundenen Gefahren. Bei einer Einheit, in der es permanente und nutzbringende Wechselwirkungen unter ihren Mitgliedern gibt, ist es im Interesse sowohl des Stärkeren als auch des Schwächeren, sie aufrecht zu erhalten und zu intensivieren.

Als die WWU gegründet wurde, waren viele Beobachter in Großbritannien und den USA davon überzeugt, dass dieses Unterfangen nur scheitern könne. Sie behaupteten, einer Währungsunion müsse unbedingt eine politische Integration

vorausgehen, ein politisches Zentrum also existieren, dem es auch obliegen würde, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Ohne eine solche politische Führung würde die Union unweigerlich in einer Sackgasse landen. Ganz in diesem Sinne betonten sie während der Krise, dass „Europa auf Schwierigkeiten stößt, weil die politischen Eliten den europäischen Kontinent gezwungen haben, eine einheitliche Währung einzuführen, obwohl er dafür noch nicht bereit war“ (Krugmann, International Herald Tribune 21.2.2010). Sie bezeichneten die WWU als „Eurosalat“ und sahen voraus, dass im Falle einer Krise in einem der Euro-Staaten, das Land zu einer internen Abwertung und damit zu andauernden Preis- und Gehaltskürzungen gezwungen sein würde, da es nicht mehr die Möglichkeit habe, seine Währung abzuwerten. Rückgang der Lebensqualität der Arbeitnehmer und eine starke Rezession seien so gesehen klar ansehbare Folgen.

Die bisherigen Erfahrungen haben nur teilweise diese Prognosen bestätigt. Die WWU hat sich in den ersten Jahren auf alle ihre Mitgliedsländer positiv ausgewirkt. Dank hoher Wachstumsraten und reduzierter Kreditkosten haben sich die Staaten der Peripherie den entwickelten Staaten annähern können. Die Krise, des Jahres 2007, zeigte freilich, wie fragil diese Entwicklung war. Sie stützte sich eben nicht auf einem konkreten, von allen Mitgliedern akzeptierten Plan, sondern auf politische Vorstellungen, die dem freien Markt und dem automatischen Ausgleich der sich jeweils ergebenden Diskrepanzen vorrangige Bedeutung verliehen. Die Politik war deshalb nicht auf die Bekämpfung negativer Phänomene, etwa der Ausweitung der Defizite oder dem Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit, vorbereitet. Rezession,

öffentliche Verschuldung und Staatsdefizite nahmen genauso wie die Schwierigkeiten der Banken besorgniserregende Ausmaße an. Die automatischen Stabilisatoren, die nach Meinung der Regierungen dazu verholfen hätten, die Krise zu kontrollieren, versagten.

Erst Ende 2009 gelangte man in der Eurozone zu der Erkenntnis, dass eine unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit die Überschuldung der Staaten der Peripherie sowie die Verunsicherung der Märkte zu bewirken vermag. Nur langsam sah man ein, dass eine Schuldenkrise mit der Gefahr eines Zahlungsstopps einhergeht und einen Zusammenbruch der Banken nach sich ziehen könnte. Der Auslöser war die Entwicklung in Griechenland. Die Märkte verlangten zunehmend höhere Zinsen, um griechische Anleihen zu kaufen. Die Sorge um die Bonität des Landes wurde immer deutlicher. Es hat ungefähr fünf Monate gedauert, bis die Europäische Union im Frühjahr 2010 einen Rettungsplan für Griechenland erarbeitete und die vorläufige Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) gegründet und mit der Möglichkeit ausgestattet wurde, 440 Milliarden zur Stützung der Mitgliedsstaaten zu verwenden. Griechenland erhielt einen Kredit von 110 Milliarden und unter die Aufsicht der Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank sowie Internationaler Währungsfond) gestellt.

Diese Entwicklung war, gemessen an einer Vergangenheit, in der Zweifel und Unschlüssigkeit vorherrschten, ein, trotz aller Verzögerungen, entscheidender Schritt in eine neue Richtung. Die EU-Vertragsklausel, wonach die Euro-Teilnehmerländer nicht für

Verbindlichkeiten eines anderen Teilnehmerlandes aufkommen müssen, wenn dieses seinen Verpflichtungen nicht entspricht, wurde durch die Ereignisse überrollt. Das Prinzip, dass jeder Mitgliedsstaat jedwede Schwierigkeiten allein bewältigen muss, war damit, wenngleich stillschweigend, aufgegeben. Auch das die Europäische Zentralbank (EZB) betreffende Verbot, Eurostaaten zu finanzieren, die keine Kredite an den Märkten bekommen können, wurde verdrängt. Die Erkenntnis, dass die WWU-Staaten gemeinsame Bestrebungen ebenso wie gemeinsame Interessen haben und deshalb Gefahren gemeinsam angehen müssen, setzte sich durch. Man hat, trotz der deutlich negativen Reaktion der öffentlichen Meinung in vielen Staaten, eingesehen, dass das Schicksal eines Mitgliedsstaates das der anderen beeinflussen kann und gerade deshalb eine ständige Koordinierung sowie gemeinsames Handeln unbedingt erforderlich seien.

Die Schattenseite dieser positiven Entwicklung ist, dass die unternommenen Schritte nicht gleichzeitig das lockere Managementsystem der WWU in einen aktiven Mechanismus verwandelten, der fähig ist, effizient und langfristig zu agieren. Auch hier sei als Beispiel Griechenland angeführt.

Die zwischen der WWU und Griechenland getroffene Vereinbarung zur Politik, die Griechenland befolgen muss, um die Gesamtheit der Raten des vereinbarten Kredits ausgezahlt zu bekommen, auch bekannt als „Memorandum“, wurde ohne ausreichende Vorbereitung konzipiert und auf eine die Krise im Land noch verschärfende Weise angewandt. Die getroffene Absprache bestimmte, dass Griechenland innerhalb von nur drei

Jahren, d.h. bis 2013, eine Haushaltssituation wiederherzustellen hat, die den Vorgaben des EU-Vertrags entspricht. Griechenland wurde daher verpflichtet, sein Defizit von 15,4% des BIP auf 3%, also um 12%, zu vermindern. Um dieses Ergebnis erzielen zu können, müsste eine Ausgabenkürzung von insgesamt 18% erreicht werden, so dass der Rückgang der Einnahmen, bedingt durch die sinkende Wirtschaftsleistung, gedeckt werden kann. Griechenland musste freilich zugleich, seine Primärüberschüsse in raschem Tempo erhöhen, um den Kredit in Höhe von 110 Milliarden Euro bis 2016 zurückzuzahlen. Diese Bedingungen implizierten Ausgabenkürzungen, die weit über dem lagen, was Staaten erzielen können, die weitaus bessere wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Konjunkturaufschwung mitbringen als Griechenland. Sie waren so gesehen schlicht unrealistisch. Das Memorandum sah darüber hinaus auch keine Sonderregelung vor, um die Auswirkungen der Ausgabenkürzungen auf die Investitionen zu kompensieren, wie zum Beispiel die Möglichkeit, Griechenland Mittel der europäischen Strukturfonds zur Verfügung zu stellen, ohne dass eine nationale Beteiligung bei der Realisierung der erforderlichen Investitionen nötig sei.

Das Ergebnis war, dass Griechenland einerseits einen Defizitabbau von insgesamt circa 6% des BIP für die Jahre 2010 und 2011 erzielte, andererseits jedoch eine in diesem Ausmaß nie dagewesene Rezession erlebt. Nach dem „Memorandum“ müsste man in Griechenland mit einem wirtschaftlichen Rückgang von ungefähr 8,6% in den Jahren 2009-2011 rechnen. Die Rezession reicht viel weiter. Sie wird bis Ende 2012 wahrscheinlich 15% ausmachen. Die optimistischen Prognosen des „Memorandums“

über ein Wachstum ab 2012, Primärüberschüsse bereits ab 2012 und einer, ebenfalls ab 2012 erwartete Rückkehr zu den internationalen Märkten, um Kredite aufzunehmen, haben sich als völlig falsch erwiesen. Rezession und wachsende Unsicherheit haben schließlich jegliche Investitionspläne zunichte gemacht.

Die Verfasser des „Memorandums“ haben es auch versäumt, die zu erreichenden Ziele mit den tatsächlichen Entwicklungen zu verbinden, also zu bestimmen, dass im Falle einer entschieden größeren als der vorhergesehenen Rezession der Zeitraum zur Erreichung der Ziele automatisch verlängert, oder dass sogar einige der Bestrebungen eingeschränkt werden müssten. Politisch ein fataler Fehler, der zur Folge hatte, dass das anfängliche rigorose Sparprogramm weiter umgesetzt wird, trotz der eingetretenen schweren Rezession und ihrer, die ursprünglichen Annahmen weit übersteigenden Auswirkungen.

Die irrealen Forderungen der Gläubiger waren auf das in der Europäischen Union vorherrschende Klima zurückzuführen. Man wollte Strenge demonstrieren. Die Kreditvergabe an Griechenland sollte mit Bedingungen versehen sein, die jedes andere Land davon abhalten würden, dem griechischen Beispiel zu folgen. Die Gläubiger erkannten später, dass ihre Forderungen übertrieben waren. Sie senkten die Zinsen, verlängerten die Kreditlaufzeit und ließen dabei auch die Eventualität von weiteren Verbesserungen offen. Die überaus negativen Folgen für die öffentliche Meinung zur Stabilisierung waren allerdings schon eingetreten.

Da die anfänglichen Berechnungen der Troika sich als unzutreffend erwiesen haben und der Lauf der Ereignisse genau dieses bestätigte, verlor die angewandte Politik zwar ihre Glaubhaftigkeit, wurde aber dennoch weiter verfolgt. Vor jeder Auszahlung einer Kreditrate fanden erneut Verhandlungen statt, um trotzdem mit Hilfe neuer Maßnahmen die irrealen Zielen dem Zeitplan entsprechend zu erreichen. Gerade diese permanente Neufestlegung der Politik sowie das ständige Hinzufügen von immer mehr Steuern und Belastungen haben den Eindruck vermittelt, dass die Reduzierung der Einkommen kein Ende nehmen wird, dass die Last der Stabilisierung fast ausschließlich von den Lohn- und Gehaltsempfänger, den Rentnern und den Eigentümern von Immobilien getragen wird und dass sowohl die Troika als auch die griechische Regierung einen ausweglosen Kurs eingeschlagen haben, ohne sich für seine Konsequenzen zu interessieren. Die angewandte Politik habe sich, so die öffentliche Meinung, keineswegs zur Aufgabe gemacht, die Missstände im Lande zu korrigieren und ebenso davon abgesehen, die Hauptverantwortlichen für die Krise zur Rechnung zu ziehen. Der Protest verschärfte sich und nahm schließlich noch nie dagewesene Ausmaße an. Andauernde Streiks, öffentliche Versammlungen, die zu Tumulten führten, gehören ebenso zum täglichen Bild wie die Weigerung des öffentlichen Dienstes den politischen Vorgaben zu folgen. Mehr noch: die Meinung, dass Griechenland aus der Eurozone austreten soll, gewinnt immer mehr an Boden, obgleich bislang kaum jemand die Zweckmäßigkeit der Beteiligung an der WWU in Frage gestellt hatte. Die Opposition gewinnt schließlich mit der Behauptung, dass sie alle bisherigen Vereinbarungen neu verhandeln wird,

immer mehr Zustimmung, obwohl sie die Hauptverantwortung für die wirtschaftliche Katastrophe trägt.

Die Vertreter der Troika haben zu Recht mehrmals betont, dass manche der im „Memorandum“ vorgesehen Maßnahmen, von der griechischen Regierung nicht umgesetzt wurden, oder noch immer ausstehen. Beträchtliche Verspätungen hat es in der Tat gegeben. So wurde etwa vereinbart, dass Privatisierungen in Höhe von 50 Milliarden stattfinden sollen. Erfolgt sind sie nach wie vor nicht. Die versprochene drastische Verringerung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist ebenso ausgeblieben. Die Inkonsequenz der griechischen Regierung ist allerdings nicht einzig und allein auf ihre Unwilligkeit zurückzuführen, sich mit den Gewerkschaften und überhaupt mit korporativen Interessen auseinander zu setzen. Der Staatsapparat ist vielmehr nicht fähig, manche Aufgaben wirklich wahrzunehmen. Die öffentliche Meinung spricht sich zudem wegen der nachhaltigen Einkommensreduzierung gegen nahezu jede Modifikation des status quo aus. Strukturänderungen lassen sich jedoch nicht übergehen. Der Rang der Prioritäten hätte jedoch den Sparmaßnahmen nicht die bei weitem vorherrschende Bedeutung geben müssen.

Die Zuspitzung der Situation in Griechenland verstärkte seit Beginn des Sommers 2011 die Suche nach zusätzlichen Lösungen. Die entsprechenden Verhandlungen mündeten in den Beschlüssen des Gipfeltreffens der Euroländer vom 23. und 25. Oktober. Ein neuer Kredit wurde ebenso gewährt wie die Beteiligung der Gläubiger an der Sanierung der griechischen

Finanzen mit einer Kürzung ihrer Forderungen um 50% beschlossen.

Im Anschluss an den Euro-Sondergipfel vom Oktober dieses Jahres wurde in Griechenland eine neue, parteiübergreifende Regierung der „nationalen Rettung“ unter einem ebenfalls neuen Ministerpräsidenten gebildet, deren Aufgabe es ist, die Beschlüsse des Gipfels auszuführen. Unmittelbar danach, also in den ersten Monaten von 2012, sollen, so die Entscheidung der Parteien, Neuwahlen erfolgen. Weitere Verzögerungen und Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Stabilitätsprogramms können unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen werden. Neuwahlen sind trotzdem der einzige Weg zu einer Regierung, die nicht ständig mit dem Argument in Frage gestellt wird, sie hätte kein Mandat, um die Auswirkungen des Memorandums verbindlich umzusetzen.

Griechenland hat ein besseres Schicksal verdient. Es hat seit der Mitte der neunziger Jahre seine Wirtschaftsleistung erheblich verbessert sowie eine Reihe wichtiger Reformen vorgenommen, um sich den europäischen Strukturen anzupassen. Das „Memorandum“ der Troika kann freilich letztlich nur erfolgreich sein, wenn es nicht zu einer Entfremdung der Bürger von der Politik der Eurozone führt. Genau das ist allerdings mehr und mehr eingetreten. Starke Lohn-, Gehalts- und Einkommenskürzungen, Steuererhöhungen, ständig neue Maßnahmen zu Mitteleinsparungen, eine Arbeitslosigkeit wie sie das Land nie zuvor erlebt hat, sowie die mittlerweile überall sichtbare Armut haben zu einem nicht kontrollierbaren Widerspruch geführt. Die unerreichbaren Ziele nährten den

Populismus, genauso wie eine fortschreitende Radikalisierung der Reaktionen und eine allgemeine Ablehnung der Stabilisierungspolitik. Sie machen also genau das unmöglich, was es zu verwirklichen gilt. Der griechische Fall ist so gesehen ein Paradebeispiel dafür, dass ein strenges Sparprogramm als Mittel zum Aufschwung einer Wirtschaft einer Wette gleicht. Sie kann nur mit richtiger Planung gewonnen werden. Wenn Maßnahmen ohne Bedacht und Maß angewandt werden, geht mithin die Wette verloren. Das Ergebnis ist ein Fiasko.

Die Entscheidung des Gipfels der Eurozone vom Oktober 2011, Forderungen an Griechenland aus griechischen Staatsanleihen im Besitz von Banken und Versicherungsunternehmen, um 50% zu reduzieren, ist zweifelsohne eine wichtige Hilfe. Die Staatsschuld wird demzufolge im Jahr 2020 nur 120% des BIP betragen, statt der jetzt vorgesehenen ca. 180%. Sie wird allerdings noch immer weit über 90% des BIP liegen, also der von Experten als noch akzeptablen angesehenen Schulden-Obergrenze. Eine weitere Kürzung wird wahrscheinlich notwendig sein. Staaten, wie Italien oder Belgien, haben heute Schulden in Höhe von ungefähr 120% ihres BIP. Sie befinden sich, wie bekannt, auch in Schwierigkeiten.

Die Mitglieder der Eurozone und weitere neun Staaten der EU haben beim Gipfeltreffen vom 8. Dezember vereinbart, Schritte in Richtung auf eine stärkere Wirtschaftsunion zu unternehmen. Sie stellten fest, dass in der Union neben der einheitlichen Währung eine starke wirtschaftliche Säule unerlässlich sei. Zur Verwirklichung dieses Ziels seien Schritte zu einer echten "fiskalpolitischen Stabilitätsunion" nötig. Eine zwischenstaatliche

Übereinkunft soll die Koordinierung der Wirtschaftspolitik in Bereichen gewährleisten, in denen gemeinsame Interessen bestehen.

Die „Vereinbarung“ vom 9. Dezember beinhaltet allerdings keine neuen Regeln. Sie fasst vielmehr alle Vorgaben zusammen, die vom Februar bis Dezember 2011 beschlossen wurden und in verschiedenen gemeinschaftlichen Texten enthalten sind. Im Februar 2011 wurde zudem ein vor allem von Deutschland und Frankreich unterstützter Grundriss eines „Paktes für die Wettbewerbsfähigkeit“ vorgestellt, der die Bewältigung der Wirtschaftskrise zum Ziel hatte und dabei den Schwerpunkt auf die Haushaltsdisziplin legte. Präsidentschaft und Kommission haben den „Pakt“ weiter ausgearbeitet. Hinzu kamen später unter dem Titel „Ausbau der Stabilisierungsinstrumente“ Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise sowie zum Funktionieren neuer Institutionen, wie der EFSF. Der letzte Beschluss der Eurozone im Dezember 2011 vereint alle diese Sonderregelungen und präsentiert sie als kohärente, stets auf zwei konkrete Themen bezogene Politik: die Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten und die Finanzierung von Mitgliedsstaaten, die Hilfe benötigen. Soweit es freilich um die „enge politischen Koordinierung und die verstärkte Steuerung des Euro- Währungsgebiets“ geht, ist die gemeinsame Erklärung wortkarg. Die Beteiligten verpflichten sich lediglich, auf eine gemeinsame Wirtschaftspolitik hinzuarbeiten. „Die Steuerungsstrukturen des Euro-Währungsgebiets werden verstärkt“, indem „mindestens zweimal im Jahr reguläre Tagungen des Euro-Gipfels“ stattfinden.

In der Entscheidung der Eurostaaten finden sich keine näheren Angaben darüber, wie der neue zwischenstaatliche Vertrag gleichzeitig mit den bestehenden Verträgen angewandt werden soll. Die Unbestimmtheit könnte zu Schwierigkeiten führen. Großbritannien hat schon erklärt, dass es nicht einverstanden ist, wenn sich bestehende europäischen Institutionen, wie die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof, mit Fragen befassen, die sich aus dem zwischenstaatlichen Vertrag ergeben.

Die Beschlüsse vom Dezember stellen zwar einen wichtigen Schritt dar, um die durch die Krise verursachten Probleme der Union zu bewältigen. Sie entsprechen allerdings nicht der erforderlichen Zäsur. So lässt das wichtigste Merkmal der Beschlüsse, die Forderung nach einer rigiden Haushaltsdisziplin, außer acht, dass die Hauptursache der Krise keineswegs die Gleichgültigkeit der Mitgliedsstaaten gegenüber den geltenden Vorschriften über die Höhe des Haushaltsdefizits und der Staatsverschuldung ist. Entscheidend sind vielmehr zunächst und vor allem die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten bzw. der Defizite und Überschüsse der Zahlungsbilanzen. Genau die Staaten, welche nicht wettbewerbsfähig sind, kumulieren Defizite und Schulden. Wettbewerbsfähige Staaten, sichern sich dagegen Überschüsse und an die restlichen Länder gerichteten Ansprüche. Die Haushaltsdisziplin wird daran nichts ändern, sondern den Kontrast noch weiter zuspitzen, dadurch aber die schwächeren Länder in die Rezession führen und damit die Schwierigkeiten, Verpflichtungen nachzukommen, steigern.

Unterschiedlichen Niveaus der Wettbewerbsfähigkeit, der administrativen Organisation oder der Bildung werden weder durch haushaltspolitische Disziplin noch mit der Vergabe von Geldern zum Schuldenabbau oder der Gewährleistung von Bürgschaften und der Rekapitalisierung von Banken aufgehoben. Ihre Überwindung erfordert vielmehr unter anderem, dass die Überschussländer mehr Kredite vergeben, den Konsum im Inland verstärken, Importe stützen und sogar eine höhere Inflationsrate hinnehmen. Für die Bewältigung der Krise ist darüber hinaus eine Wirtschaftspolitik nötig, die sich ebenso ausdrücklich wie konsequent auf den gesamten europäischen Raum bezieht, Lösungen also anstrebt, die nicht nur die Probleme einzelner Staaten ansprechen, sondern die Europäische Union insgesamt. Die gemeinsame Währung sollte deshalb keineswegs lediglich als Mittel angesehen werden, den gemeinsamen Markt zu realisieren vielmehr auch und vor allem als Möglichkeit dem europäischen Projekt Sinn und Chancen zu geben, mithin Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Fortschritt durchweg in der Union fördern. Die Hauptakteure der Eurozone sind jedoch zu einer solchen Politik nicht bereit. Sie würde eine viel engere Zusammenarbeit erfordern, zu der sich die führenden Länder noch nicht entschlossen haben.

Die in der Eurozone benötigte „wirtschaftliche Governance“ oder „Steuerung“ darf kein Flickwerk aus verschiedenen, auf jedes neu auftauchende Problem bezogenen Maßnahmen sein. Sie setzt sowohl den politischen Willen für eine neue Struktur, welche die gegenwärtig existierenden Formen ergänzt oder sogar abändert,

voraus, als auch einen ebenso langfristigen wie umfassenden Ansatz für die anzuwendende Politik. Das heutige System der Ausarbeitung und Umsetzung von Politik orientiert sich an kurzfristigen, an den gerade auftauchenden Problemen orientierten Reflexionen und Entscheidungen. Es stützt sich auf schwerfällige Organe und ist auch deshalb ungeeignet, weil es bei ebenso zentralen wie wichtigen Stellungnahmen eine einstimmige Reaktion der Mitgliedsstaaten voraussetzt.

Jean-Claude Trichet hatte als Präsident der Europäischen Zentralbank zwei Initiativen angeregt, um ein effizienteres Funktionieren der Union zu gewährleisten. Der Europäische Rat sollte die Möglichkeit haben, ein Veto gegen Entscheidungen der Mitgliedsstaaten einzulegen, welche die Wirtschaftsstabilität der Eurozone gefährden. Darüber hinaus müsste ein „europäisches Finanzministerium“ eingerichtet werden, dessen Aufgabe es wäre, die wirtschaftlichen Entwicklung zu beobachten, die vor diesem Hintergrund erforderlichen Entscheidungen durchzusetzen, den Finanzsektor zu überwachen sowie die Eurozone bei den internationalen Organisationen zu vertreten.

Eine mit Trichet's Auffassung verwandte, wenn auch nicht so weitgehende Position in der Frage der notwendigen Abänderungen der Verträge, ist der Vorschlag, der Europäischen Zentralbank die Rolle des Endfinanzierers anzuvertrauen. Sie sollte immer dann eingreifen können, wenn Banken einen Staat nicht mehr beleihen. Die EU-Verträge sprechen sich freilich dagegen aus. Maßgeblich dafür war die seinerzeit vorherrschende Einstellung, dass nur so die Europäische Zentralbank vor einer

Akkumulation von Schäden bewahrt werden könnte, für die letztendlich die Mitgliedsstaaten aufkommen müssten. Hinzu kam, die ebenfalls befürchtete Überschuldung skrupelloser Staaten. Der Europäischen Zentralbank wurde es daher untersagt, den Mitgliedsstaaten Kredite zu gewähren. Die Gegenmeinung hebt hervor, dass das Krisenmanagement sich viel einfacher und effizienter gestalten ließe, wenn die Europäische Zentralbank allein zuständig wäre und ihre Möglichkeit, Geld zu drucken, für diesen Zweck einsetzen würde. Die Europäische Zentralbank könnte schnell handeln, weil sie nicht gezwungen wäre, sich an die langwierigen Verfahren der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auf der Ebene der Gemeinschaftsorgane zu halten.

Die Spinelli-Gruppe, eine Vereinigung die sich mit europäischen Fragen befasst, stellte im Oktober 2011 einen Plan vor, der eine Neuorganisation der Europäischen Kommission sowie die Ernennung eines ihrer Mitglieder zum Finanzminister der Eurozone vorsieht. Der Minister soll der Eurogruppe und einer für die wirtschaftliche Governance zuständigen Gruppe von Kommissaren vorstehen. Die aktuelle Praxis, wonach der Umgang mit Problemen hauptsächlich durch die Eurogruppe in entsprechenden Konferenzen und auf der Grundlage des Prinzips der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit erfolgt, ist nach Ansicht der Spinelli-Gruppe die Quelle der Unentschlossenheit sowie gegenwärtig üblichen Verzögerungen. Sollte es gelingen, alle Bereiche der wirtschaftlichen Governance durch ein einheitliches Zentrum im Rahmen der Europäischen Kommission zu behandeln, könnten die nötige Reaktionsgeschwindigkeit und Kontinuität erzielt werden.

Der Vorschlag der Spinelli-Gruppe hebt zu Recht die Notwendigkeit einer einheitlichen Führung hervor. Eine modifizierte Rolle der Kommission hängt allerdings von der Bereitschaft der führenden Unionsstaaten ab, ihre Mentalität zu ändern. Für sie ist die Kommission ein Exekutivorgan der jeweils von ihnen getroffenen Entscheidungen. Die Rolle der Kommission wird also gezielt heruntergespielt und ihre Beteiligung an der Gestaltung der EU-Politik bewusst eingeschränkt. Nicht von ungefähr überzeugt auch die Besetzung der Kommission nicht. Sie setzt sich zumeist aus Politikern zusammen, die, entweder ihre politische Karriere im Heimatland bereits hinter sich haben, oder Regierungsposten im eigenen Land nicht übernehmen werden. Solange daher eine auch nur tendenziell abwertende Haltung gegenüber der Europäischen Kommission besteht, ist der Erfolg der wirtschaftlichen Governance unsicher.

„Wirtschaftliche Governance“ lässt sich nicht realisieren, ohne die Verträge zu ändern. Eine Bereitschaft dazu gibt es allerdings weder unter den Politikern noch unter den Bürgern. Der jüngsten, 2009 verabschiedeten und als Vertrag von Lissabon bekannt gewordenen Änderung sind langwierige Verhandlungen, ein Referendum mit negativem Ausgang über den Vorschlag einer Europäischen Verfassung und heftige Auseinandersetzungen über fast ein Jahrzehnt vorausgegangen. So viel steht daher fest: eine Übertragung von Befugnissen der Mitgliedsstaaten an die Organe der Union mag unumgänglich sein, sie stößt jedoch auf heftigen Widerstand vor allem der kleinen Staaten und jener Länder, die der Eurozone nicht angehören. Die Bürger wünschen zwar die

wirtschaftliche Integration, lehnen allerdings eine übergeordnete wirtschaftliche Regierung ab. Sie sind sich nicht im Klaren darüber, dass die Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens neue Wege der Zusammenarbeit zwischen den Nationalstaaten und eine verstärkte Rolle der supranationalen Organe erforderlich macht.

Die „wirtschaftliche Governance“ kann jedoch im Rahmen der vorhandenen Wirtschafts- und Währungsunion durchaus angestrebt werden. Die WWU stellt eine „verstärkte Zusammenarbeit“ dar, also eine Form der Kooperation, die schon im Vertrag von Lissabon vorgesehen wird. Die verstärkte Zusammenarbeit wurde eingeführt, um Mitgliedsstaaten, die es wünschen, die Möglichkeit zu geben, ihren Aktionsradius zu erweitern, indem sie, im Rahmen der Verträge, neue Ziele und Regeln für ihre Beziehungen zueinander festlegen. Die Mitgliedsstaaten des Euroraums sind demzufolge sehr wohl in der Lage, neue Institutionen aufzubauen, also etwa ein „Finanzministerium der Eurozone“ oder einen Wachstumsplan für die Realisierung von Investitionen zu beschließen, ohne dass es der Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten bedarf.

Eine Entwicklung, die in genau diese Richtung geht, wird sicherlich nicht ohne Komplikationen verlaufen, obgleich sie den Verträgen durchaus entspricht. Die Weigerung Großbritanniens, die jüngsten Beschlüsse der Eurostaaten zu akzeptieren, ist symptomatisch dafür. Sie wurde nicht zuletzt mit dem Argument begründet, die mit dem Euro zusammenhängenden Beschlüsse würden Großbritannien sehr wohl betreffen. Auch wenn es selbst

nicht Teil der WWU sei, müsse es sich daher am Entscheidungsprozeß beteiligen.

Ein derart negatives Verhalten zur Weiterentwicklung der Eurozone durch eine verstärkte Zusammenarbeit ist nicht hinnehmbar. Das Bindeglied der EU-Staaten ist die Wirtschaft. Vom Augenblick an, in dem einige Staaten ihre Wirtschaftspolitik angleichen und andere es nicht tun, entwickeln sich die ersteren zum Kern der Union und bestimmen mit ihrer Haltung deren Struktur und Entwicklung. Der Ausweg aus der Krise führt also zu einer „Flucht nach vorn“, ebnet mithin den Weg für eine „wirtschaftliche Governance“ und eine politischen Integration. Genau dies muss deshalb Ziel sein, das ebenso konsequent wie nachdrücklich verfolgt werden muss. Die griechische Probleme waren so gesehen kein bloßes Missgeschick der Europäischen Union, vielmehr ein Fehlverhalten, das eine durchaus positive Absicht aus den Fugen geraten ließ und die erbrachte Hilfeleistung in ein Unterfangen verwandelte, das die Schwächen der bisherigen wirtschaftlichen Steuerung ans Licht brachte sowie die Notwendigkeit einer Neubestimmung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eindringlich unterstrich.

Konstantin Simitis

Quo vadis Griechenland

Meine Damen und Herren,

Ich möchte mich zunächst herzlich für die so freundliche Einladung bedanken, heute hier zu sprechen. Lassen Sie mich aber gleich hinzufügen, dass ich auch deshalb besonders gerne gekommen bin, weil wir gegenwärtig inmitten einer Krise sind, die mehr denn je dazu verpflichtet, die Probleme, mit denen sich die Europäische Union konfrontiert sieht, besser zu verstehen sowie möglichen Auswegen nachzugehen. Ich brauche Sie im Übrigen kaum daran zu erinnern, wie sehr die Schuldenkrise seit etwa zwei Jahren die öffentliche Diskussion beherrscht und wie nachdrücklich dabei immer wieder auf Griechenland verwiesen wird.

Der Titel der heutigen Veranstaltung, "Griechenland quo vadis?", impliziert, dass der Kurs Griechenlands eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der Europäischen Union spielt. Nicht nur weil, um lediglich an zwei, der immer wieder angeführten Anknüpfungspunkte zu erinnern, daß die Schuldenkrise in Griechenland eingesetzt hat, sondern auch, dass das Unvermögen dieses Landes, seine Schulden zu begleichen, der heutigen wirtschaftlichen Unsicherheit in der Union zugrunde liegt. Hinzu kommt der Vorwurf, Griechenland sei es gelungen der WWU beizutreten, ohne die Voraussetzungen dafür erfüllt zu haben. Die Europäische Kommission sei überdies genauso über die Höhe seines Defizits wie über seine Verschuldung getäuscht worden.

eine freilich, allen noch so häufigen Wiederholungen zum Trotz, falsche und deshalb unhaltbare Behauptung. Ich werde zu diesem Punkt hier nicht Stellung nehmen, bin aber gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Die Defizite Griechenlands sind keineswegs der ausschließliche Grund für die heutige Krise der Eurozone, wie so oft, wider besseres Wissen, betont wird. Die Schulden entstanden eben nicht allein durch maßlose Verschwendung. Hierfür gibt es durchaus auch andere Gründe, wie allein schon das Beispiel Spaniens illustriert. Spanien durchläuft heute auch eine Krise, obwohl es keine Defizite oberhalb der 3%-Grenze des BIP aufwies und eine staatliche Verschuldung hatte, die 2006 lediglich 31% des BIP ausmachte. Auslöser der Krise waren die unbedachte Entwicklung der Bautätigkeit, der Zusammenbruch der Immobilienpreise, das Unvermögen der Banken, die gewährten Kredite einzutreiben, sowie die letztendlich unvermeidliche Intervention des Staates zur Rettung der Banken und zur Eindämmung der Krisenfolgen.

Bruttoinland
produkt.

Die Diskrepanz des Wachstumsniveaus zwischen dem Norden und dem Süden, die geringere Wettbewerbsfähigkeit der Staaten der Peripherie der Union und die großen Defizite ihrer Außenhandelsbilanzen sind weitaus ernstere Gründe für die zunehmenden Schulden der Staaten des Südens als die administrative Unfähigkeit ihrer Regierenden. Zwischen 2000 und 2007 war das durchschnittliche Jahresdefizit der Handelsbilanz Griechenlands 8,4% ^{des BIP} und das entsprechende Defizit Portugals 9,4%, während der Überschuss Deutschlands bei 3,2% und

Hollands bei 5,4% lag. Um dieses Defizit decken zu können, sind die Staaten der Peripherie gezwungen, immer mehr Kredite aufzunehmen. Der Anstieg ihrer Staatsschulden ist der Preis dafür.

Diese Entwicklung war von den Begründern der WWU nicht vorhergesehen worden. Sie glaubten, der freie Kapitalverkehr sowie der Binnenmarkt garantierten dank der niedrigeren Arbeitskosten der Staaten der Peripherie, Investitionen und könnten somit das Gefälle zu den entwickelten Staaten progressiv verringern. Sie übersahen aber dabei, dass sich der Konvergenzprozess nicht innerhalb weniger Jahre abschließen lässt. Auch meinten sie, dass die Überschreitung einer tolerablen Defizitgrenze der Zahlungsbilanz der Peripherie-Länder dazu führen würde, die Finanzierung der Importe durch die Banken auszusetzen, Unternehmen zu schließen und die Nachfrage für importierte Produkte empfindlich einzuschränken. Unter dem Druck der rückläufigen Wirtschaftsaktivität würde so das Defizit abnehmen und es zu einem zunehmenden Gleichgewicht bei den internationalen Transaktionen kommen.

Genau diese Annahme hat sich freilich als unzutreffend erwiesen.

Die Banken setzten ihre Finanzierung auch nach einer Überschreitung der vagen Sicherheitsgrenze fort. Als sie sich von anderen Kreditinstituten nicht mehr Geld leihen konnten, sahen sich die konkret involvierten Staaten gezwungen, die jeweils betroffenen Banken durch eigene Kreditaufnahmen zu stützen.

Das Ergebnis war ein enorm hoher Schuldenberg. Nötig, ja unausweichlich ist also eine neue Art des Umgangs mit dem Gefälle zwischen dem entwickelten Kern der Eurozone und ihrer

weniger entwickelten Peripherie. Ansonsten wird es auch in Zukunft immer wieder zu Krisen kommen.

Die Mängel in der Arbeitsweise der staatlichen Institutionen waren Anlass für die Behauptung, dass Griechenland, ebenso wie andere Staaten der Peripherie der WWU nicht hätten beitreten dürfen. Die WWU ist jedoch kein Club hochentwickelter Staaten, deren gemeinsame Bestrebungen den Interessen jener Länder zuwider laufen, die sich im Rückstand befinden. Vielmehr ist sie eine Entwicklungsstufe der Union zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder. Sie soll dazu verhelfen, Beziehungen aufzubauen, die gemeinsame Wachstumsbemühungen stärken, die schrittweise Konvergenz der Wirtschaften fördern und eine bessere Nutzung der Chancen erlauben, welche durch die Abschaffung der Grenzen und die gemeinsamen Ziele geboten werden. Sie ist mit anderen Worten der gemeinsame Fortschrittsplan. Konsequenterweise muss sie in ihrer Ausgestaltung sowohl die Stärkeren mit all ihren Möglichkeiten, wie auch die Schwächeren mit ihren Unzulänglichkeiten einbeziehen können. Ein ebenso konkreter wie genauer Plan ist deshalb dringend erforderlich, der die Ungleichgewichte berücksichtigt sowie die Tatsache bewertet, dass die entwickelten Staaten nicht nur belastet werden, sondern dank ihrer Finanzdienstleistungen und ihrer Exporte durchaus erhebliche Gewinne erzielen.

Das politische, wirtschaftliche und soziale Netzwerk, das durch den bis zum heutigen Zeitpunkt gemeinsamen Kurs entstanden ist, stellt eine enorme Investition an Ideen, Kapital und Arbeit dar, die

keiner der Mitgliedsstaaten ignorieren kann, ohne einen beträchtlichen Preis dafür zu zahlen. Die Auswirkungen einer Spaltung der WWU lassen sich nicht berechnen. Sie würden auch für die äußerst negativ ausfallen, die womöglich meinen, die WWU diene nicht vollständig ihren wirtschaftlichen Interessen. Kurzum, alle Staaten würden um ein Vielfaches herabgestuft werden und zwar sowohl im Hinblick auf ihre politische Resonanz als auch im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Solidarität ist ein Begriff, der gewissen Ländern der Union nicht genehm ist. Sie verbinden mit ihm eine Interpretation, die sich ganz auf die Notwendigkeit konzentriert, jene Länder zu unterstützen, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten, ^{nur} damit jedoch ~~eine offenkundig einseitige Vorgabe festschreibt~~. Doch die Realität zwingt zu einem ^{Ständiges} gegenseitigen Beistand, ^{alles} dessen Ausmaß nicht allein durch juristische Texte vorgegeben wird, vielmehr auch durch einzelne Vereinbarungen sowie durch bereits entstandene Beziehungen und den damit verbundenen Gefahren. Bei einer Einheit, in der es permanente und nutzbringende Wechselwirkungen unter ihren Mitgliedern gibt, ist es im Interesse sowohl des Stärkeren als auch des Schwächeren, sie aufrecht zu erhalten und zu intensivieren.

Als die WWU gegründet wurde, waren viele Beobachter in Großbritannien und den USA davon überzeugt, dass dieses Unterfangen nur scheitern könne. Sie behaupteten, einer Währungsunion müsse unbedingt eine politische Integration vorausgehen, ein politisches Zentrum also existieren, dem es auch obliegen würde, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Ohne

eine solche politische Führung würde die Union unweigerlich in einer Sackgasse landen. Ganz in diesem Sinne betonten sie während der Krise, dass „Europa auf Schwierigkeiten stößt, weil die politischen Eliten den europäischen Kontinent gezwungen haben, eine einheitliche Währung einzuführen, obwohl er dafür noch nicht bereit war“ (Krugmann, International Herald Tribune 21.2.2010). Sie bezeichneten die WWU als „Eurosalat“.

Die bisherigen Erfahrungen haben nur teilweise diese Prognosen bestätigt. Die WWU hat sich in den ersten Jahren auf alle ihre Mitgliedsländer positiv ausgewirkt. Dank hoher Wachstumsraten und reduzierter Kreditkosten haben sich die Staaten der Peripherie den entwickelten Staaten annähern können. Die Krise, des Jahres 2007, zeigte freilich, wie fragil diese Entwicklung war. Sie stützte sich eben nicht auf einem konkreten, von allen Mitgliedern akzeptierten Plan, sondern auf politische Vorstellungen, die dem freien Markt und dem automatischen Ausgleich der sich jeweils ergebenden Diskrepanzen vorrangige Bedeutung verliehen. Die Politik war deshalb nicht auf die Bekämpfung negativer Phänomene, etwa der Ausweitung der Defizite oder dem Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit, vorbereitet.

Erst Ende 2009 gelangte man in der Eurozone zu der Erkenntnis, dass eine unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit die Überschuldung der Staaten der Peripherie sowie die Verunsicherung der Märkte zu bewirken vermag. Es hat ungefähr fünf Monate gedauert, bis die Europäische Union im Frühjahr 2010 einen Rettungsplan für Griechenland erarbeitete und die vorläufige Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) gegründet und

mit der Möglichkeit ausgestattet ^{hatte} wurde, 440 Milliarden zur Stützung der Mitgliedsstaaten zu verwenden. Griechenland erhielt einen Kredit von 110 Milliarden ^{wurde} und unter die Aufsicht der Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank sowie Internationaler Währungsfond) gestellt.

Diese Entwicklung war, gemessen an einer Vergangenheit, in der Zweifel und Unschlüssigkeit vorherrschten, ein, trotz aller Verzögerungen, entscheidender Schritt in eine neue Richtung. Die EU-Vertragsklausel, wonach die Euro-Teilnehmerländer nicht für Verbindlichkeiten eines anderen Teilnehmerlandes aufkommen müssen, wenn dieses seinen Verpflichtungen nicht entspricht, wurde durch die Ereignisse überrollt. Man hat, trotz der deutlich negativen Reaktion der öffentlichen Meinung in vielen Staaten, eingesehen, dass das Schicksal eines Mitgliedsstaates das der anderen beeinflussen kann und gerade deshalb eine ständige Koordinierung sowie gemeinsames Handeln unbedingt erforderlich seien.

Die zwischen der WWU und Griechenland getroffene Vereinbarung zur Politik, die Griechenland befolgen muss, um die Gesamtheit der Raten des vereinbarten Kredits ausgezahlt zu bekommen, auch bekannt als „Memorandum“, wurde ohne ausreichende Vorbereitung konzipiert und auf eine die Krise im Land noch verschärfende Weise angewandt. Die getroffene Absprache bestimmte, dass Griechenland innerhalb von nur drei Jahren, d.h. bis 2013, eine Haushaltssituation wiederherzustellen hat, die den Vorgaben des EU-Vertrags entspricht. Diese Bedingungen implizierten Ausgabenkürzungen, die weit über dem

lagen, was Staaten erzielen können, die weitaus bessere wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Konjunkturaufschwung mitbringen als Griechenland. Sie waren so gesehen schlicht unrealistisch. Das Memorandum sah darüber hinaus auch keine Sonderregelung vor, um die Auswirkungen der Ausgabenkürzungen auf die Investitionen zu kompensieren, wie zum Beispiel die Möglichkeit, Griechenland Mittel der europäischen Strukturfonds zur Verfügung zu stellen, ohne dass eine nationale Beteiligung bei der Realisierung der erforderlichen Investitionen nötig sei.

Das Ergebnis war, dass Griechenland einerseits einen Defizitabbau von insgesamt circa 6% des BIP für die Jahre 2010 und 2011 erzielte, andererseits jedoch eine in diesem Ausmaß nie dagewesene Rezession erlebt. Nach dem „Memorandum“ müsste man in Griechenland mit einem wirtschaftlichen Rückgang von ungefähr 8,6% in den Jahren 2009-2011 rechnen. Die Rezession reicht viel weiter. Sie wird bis Ende 2012 wahrscheinlich 15% ausmachen. Die optimistischen Prognosen des „Memorandums“ haben sich als völlig falsch erwiesen. Rezession und wachsende Unsicherheit haben schließlich jegliche Investitionspläne zunichte gemacht.

Die Verfasser des „Memorandums“ haben es auch versäumt, die zu erreichenden Ziele mit den tatsächlichen Entwicklungen zu verbinden, also zu bestimmen, dass im Falle einer entschieden größeren als der vorhergesehenen Rezession der Zeitraum zur Erreichung der Ziele ^{sich} automatisch verlängert, oder dass sogar einige der Bestrebungen eingeschränkt werden müssten. Politisch

ein fataler Fehler, der zur Folge hatte, dass das anfängliche rigorose Sparprogramm weiter umgesetzt wird, trotz der eingetretenen schweren Rezession und ihrer, die ursprünglichen Annahmen weit übersteigenden Auswirkungen.

Da die anfänglichen Berechnungen der Troika sich als unzutreffend erwiesen haben und der Lauf der Ereignisse genau dieses bestätigte, verlor die angewandte Politik zwar ihre Glaubhaftigkeit, wurde aber dennoch weiter verfolgt. Vor jeder Auszahlung einer Kreditrate fanden erneut Verhandlungen statt, um trotzdem mit Hilfe neuer Maßnahmen die irrealen Zielen dem Zeitplan entsprechend zu erreichen. Gerade diese permanente Neufestlegung der Politik sowie das ständige Hinzufügen von immer mehr Steuern und Belastungen haben den Eindruck vermittelt, dass die Reduzierung der Einkommen kein Ende nehmen wird, dass die Last der Stabilisierung fast ausschließlich von den Lohn- und Gehaltsempfänger, den Rentnern und den Eigentümern von Immobilien getragen wird und dass sowohl die Troika als auch die griechische Regierung einen ausweglosen Kurs eingeschlagen haben, ohne sich für seine Konsequenzen zu interessieren. Die angewandte Politik habe sich, so die öffentliche Meinung, keineswegs zur Aufgabe gemacht, die Missstände im Lande zu korrigieren und ebenso davon abgesehen, die Hauptverantwortlichen für die Krise zur Rechnung zu ziehen. Der Protest verschärfte sich und nahm schließlich noch nie dagewesene Ausmaße an. Andauernde Streiks, öffentliche Versammlungen, die zu Tumulten führten, gehören ebenso zum täglichen Bild wie die Weigerung des öffentlichen Dienstes den politischen Vorgaben zu folgen. Mehr noch: die Meinung, dass

Griechenland aus der Eurozone austreten soll, gewinnt immer mehr an Boden, obgleich bislang kaum jemand die Zweckmäßigkeit der Beteiligung an der WWU in Frage gestellt hatte. Die Opposition gewinnt schließlich mit der Behauptung, dass sie alle bisherigen Vereinbarungen neu verhandeln wird, immer mehr Zustimmung, obwohl sie die Hauptverantwortung für die wirtschaftliche Katastrophe trägt.

Die Vertreter der Troika haben zu Recht mehrmals betont, dass manche der im „Memorandum“ vorgesehen Maßnahmen, von der griechischen Regierung nicht umgesetzt wurden, oder noch immer ausstehen. Beträchtliche Verspätungen hat es in der Tat gegeben. So wurde etwa vereinbart, dass Privatisierungen in Höhe von 50 Milliarden stattfinden sollen. Erfolgt sind sie nach wie vor nicht. Die versprochene drastische Verringerung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist ebenso ausgeblieben. Die Inkonsequenz der griechischen Regierung ist allerdings nicht einzig und allein auf ihre Unwilligkeit zurückzuführen, sich mit den Gewerkschaften und überhaupt mit korporativen Interessen auseinander zu setzen. Der Staatsapparat ist vielmehr nicht fähig, manche Aufgaben wirklich wahrzunehmen. Die öffentliche Meinung spricht sich zudem wegen der nachhaltigen Einkommensreduzierung gegen nahezu jede Modifikation des status quo aus. Strukturänderungen lassen sich jedoch nicht übergehen. Der Rang der Prioritäten hätte jedoch den Sparmaßnahmen nicht die bei weitem vorherrschende Bedeutung geben müssen.

Die Mitglieder der Eurozone und weitere neun Staaten der EU haben beim Gipfeltreffen vom 8. Dezember vereinbart, Schritte in

Richtung auf eine stärkere Wirtschaftsunion zu unternehmen. Sie stellten fest, dass in der Union neben der einheitlichen Währung eine starke wirtschaftliche Säule unerlässlich sei. Zur Verwirklichung dieses Ziels seien Schritte zu einer echten "fiskalpolitischen Stabilitätsunion" nötig.

Die Beschlüsse vom Dezember stellen zwar einen wichtigen Schritt dar, um die durch die Krise verursachten Probleme der Union zu bewältigen. Sie entsprechen allerdings nicht der erforderlichen Zäsur. So lässt das wichtigste ^{Ziel} Merkmal der Beschlüsse, ~~die Forderung nach einer rigiden Haushaltsdisziplin~~, außer acht, dass die Hauptursache der Krise keineswegs die Gleichgültigkeit der Mitgliedsstaaten gegenüber den geltenden Vorschriften über die Höhe des Haushaltsdefizits und der Staatsverschuldung ist. Entscheidend sind vielmehr zunächst und vor allem die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten bzw. ^{ie} ~~der~~ Defizite und Überschüsse der Zahlungsbilanzen.

Unterschiedlichen Niveaus der Wettbewerbsfähigkeit, der administrativen Organisation ^{wie} ~~oder~~ der Bildung werden weder durch haushaltspolitische Disziplin noch mit der Vergabe von Geldern zum Schuldenabbau ^{oder} der Gewährleistung von Bürgschaften und der Rekapitalisierung von Banken aufgehoben. Ihre Überwindung erfordert vielmehr unter anderem, dass die Überschussländer mehr Kredite vergeben, den Konsum im Inland verstärken, Importe stützen und sogar eine höhere Inflationsrate hinnehmen. Für die Bewältigung der Krise ist darüber hinaus eine Wirtschaftspolitik nötig, die sich ebenso ausdrücklich wie

konsequent auf den gesamten europäischen Raum bezieht, Lösungen also anstrebt, die nicht nur die Probleme einzelner Staaten ansprechen, sondern ^{der} ~~die~~ Europäischen Union insgesamt. Die gemeinsame Währung sollte deshalb keineswegs lediglich als Mittel angesehen werden, den gemeinsamen Markt zu realisieren, vielmehr auch und vor allem als Möglichkeit dem europäischen Projekt Sinn und Chancen zu geben, mithin Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Fortschritt ^{gesamten} ~~durchweg~~ in der Union fördern. Die Hauptakteure der Eurozone sind jedoch zu einer solchen Politik nicht bereit. Sie würde eine viel engere Zusammenarbeit erfordern, zu der sich die führenden Länder noch nicht entschlossen haben.

Die in der Eurozone benötigte „wirtschaftliche Governance“ oder „Steuerung“ darf kein Flickwerk aus verschiedenen, auf jedes neu auftauchende Problem bezogenen Maßnahmen sein. Sie setzt sowohl den politischen Willen für eine neue Struktur, welche die gegenwärtig existierenden Formen ergänzt oder sogar abändert, voraus, als auch einen ebenso langfristigen wie umfassenden Ansatz für die anzuwendende Politik. Das heutige System der Ausarbeitung und Umsetzung von Politik orientiert sich ~~kurzfristigen~~ ^{an die} ~~an~~ gerade auftauchenden Problemen ^{Betreffen.} ^{an kurz-} ^{fristigen} orientierten Reflexionen und Entscheidungen. Es stützt sich auf schwerfällige Organe und ist auch deshalb ungeeignet, weil es bei ebenso zentralen wie wichtigen Stellungnahmen eine einstimmige Reaktion der Mitgliedsstaaten voraussetzt.

„Wirtschaftliche Governance“ lässt sich nicht realisieren, ohne die Verträge zu ändern. Eine Bereitschaft dazu gibt es allerdings weder unter den Politikern noch unter den Bürgern. Der jüngsten, 2009 verabschiedeten und als Vertrag von Lissabon bekannt gewordenen Änderung sind langwierige Verhandlungen, ein Referendum mit negativem Ausgang über den Vorschlag einer Europäischen Verfassung und heftige Auseinandersetzungen über fast ein Jahrzehnt vorausgegangen. So viel steht daher fest: eine Übertragung von Befugnissen der Mitgliedsstaaten an die Organe der Union mag unumgänglich sein, sie stößt jedoch auf heftigen Widerstand vor allem der kleinen Staaten und jener Länder, die der Eurozone nicht angehören. Die Bürger wünschen zwar die wirtschaftliche Integration, lehnen allerdings eine übergeordnete wirtschaftliche Regierung ab. Sie sind sich nicht im Klaren darüber, dass die Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens neue Wege der Zusammenarbeit zwischen den Nationalstaaten und eine verstärkte Rolle der supranationalen Organe erforderlich macht.

Die „wirtschaftliche Governance“ kann jedoch im Rahmen der vorhandenen Wirtschafts- und Währungsunion durchaus angestrebt werden. Die WWU stellt eine „verstärkte Zusammenarbeit“ dar, also eine Form der Kooperation, die schon im Vertrag von Lissabon vorgesehen wird. Die Mitgliedsstaaten des Euroraums sind demzufolge sehr wohl in der Lage, neue Institutionen aufzubauen, also etwa ein „Finanzministerium der Eurozone“ oder einen Wachstumsplan für die Realisierung von Investitionen zu beschließen, ohne dass es der Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten bedarf.

Eine Entwicklung, die in genau diese Richtung geht, wird sicherlich nicht ohne Komplikationen verlaufen, obgleich sie den Verträgen durchaus entspricht. Die Weigerung Großbritanniens, die jüngsten Beschlüsse der Eurostaaten zu akzeptieren, ist symptomatisch dafür.

Ein derart negatives Verhalten zur Weiterentwicklung der Eurozone durch eine verstärkte Zusammenarbeit ist nicht hinnehmbar. Das Bindeglied der EU-Staaten ist die Wirtschaft. Vom Augenblick an, in dem einige Staaten ihre Wirtschaftspolitik angleichen und andere es nicht tun, entwickeln sich die ersteren zum Kern der Union und bestimmen mit ihrer Haltung deren Struktur und Entwicklung. Der Ausweg aus der Krise führt also

über eine „Flucht nach vorn“, ebnet mithin den Weg für eine „wirtschaftliche Governance“ und eine politische Integration.

Genau dies muss deshalb Ziel sein, das ebenso konsequent wie nachdrücklich verfolgt werden muss. Die griechische Probleme waren so gesehen kein bloßes Missgeschick der Europäischen

Union. Sie waren vielmehr ein Fehlverhalten, das eine durchaus positive Absicht aus den Fugen geraten ließ und die erbrachte Hilfeleistung in ein Unterfangen verwandelte, das die Schwächen der

bisherigen wirtschaftlichen Steuerung ans Licht brachte sowie die Notwendigkeit einer Neubestimmung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eindringlich unterstrich.

müssen wir arbeiten

Viel Spaß.

An dieser Neubestimmung

Es tut mir Leid, dass es Leute gibt die so unbesonnen ~~es~~ sind
daß sie den Eindruck erwecken wollen in Griechenland sollte Gewalt
herrschen. Sie tun dem Land einen sehr schlechten Dienst.

Nach dieser Veranstaltung, die ein guten Nachweis ^{liefert} ist dass Helles
sich in ^{seiner} ~~der~~ Krise ^{begefindet} ist es nun der Zeitpunkt ~~zu~~ darüber zu sprechen
wie sich Griechenland in Europa erfinden soll

~~aber~~ Ich werde
mit weiter interessieren
sich nicht interessieren
Bedeutet abtreten
abtreten bedeutet
ein Untertan sein
Keiner sollte
Untertan sein

inman
Abwertung



Korruption
Amtsmißbrauch
reformierba-
Verantwortw

- vorbereitet
- falsche Zahlen
- Memorandum neue gest
- ~~werden~~ ~~Korruption~~ sehen
- Nord-Süd
Gefälle
in binden Diktatur

Referendum war
ein Manöver des
Ministerpräsidenten damit
sein ~~Verständnis~~ ^{Verständnis},
wenig offizielle
Haltung ^{Wahrung der} durch eine
breite Zustimmung zu
einer selbstverständlichen
Frage vergessen wird.
Ein Referendum,

Ob man der WWU zustimmt
nachdem ^{man} zehn Jahre Mit-
glied war inmitten einer
Krise ~~wäre~~ Unsinn. Wenn
er zuerst gemeint wäre
hätte es viel früher
stattfinden müssen.
Daher hat die öffentliche
Meinung in Griechenland die
Anfrage des Ref als selbst-
verständlich betrachtet
und keinen Rücktritt gefordert.

Die Mitglieder der Eurozone und weitere neun Staaten der EU haben beim Gipfeltreffen am 8. Dezember vereinbart Schritte in Richtung auf eine stärkere Wirtschaftsunion zu unternehmen. Sie stellten fest, dass in der Union neben der einheitlichen Währung eine starke wirtschaftliche Säule unerlässlich sei. Zur Verwirklichung dieses Ziels seien Schritte zu einer echten "fiskalpolitischen Stabilitätsunion" nötig. Eine zwischenstaatliche Übereinkunft wird die Koordinierung der Wirtschaftspolitik in Bereichen von gemeinsamen Interessen gewährleisten.

Die neue „Vereinbarung“ vom 9. Dezember beinhaltet keine neuen Regeln. Sie ist die Zusammenfassung aller Regelungen, die vom Februar 2011 bis Dezember beschlossen wurden, und in verschiedenen gemeinschaftlichen Texten enthalten sind. Im Februar 2011 etwa wurde der Grundriß eines Planes vorgestellt unter dem Titel „Pakt für die Wettbewerbsfähigkeit“. Er hatte zum Ziel die Bewältigung der Wirtschaftskrise mit Schwerpunkt die Haushaltsdisziplin. Damals wurde er vor allem von Deutschland und Frankreich unterstützt, in der Folge hat die Präsidentschaft und die Kommission ihn weiter ausgearbeitet. Hinzu kamen später unter dem Titel "Ausbau der Stabilisierungsinstrumente" Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise und zum Funktionieren neuer Institutionen wie der EFSF. Daraus ergab sich eine Vielfalt von Sonderregelungen. Durch den letzten Beschluss der Eurozone vom Dezember werden alle diese Regelungen zu einem Ganzen zusammengefasst und als kohärente Politik präsentiert. Sie beziehen sich aber immer auf zwei konkrete Themen: die Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten und die Finanzierung der Mitgliedsstaaten, die Hilfe benötigen.

Hinsichtlich "der engen politischen Koordinierung und der verstärkten Steuerung des Euro- Währungsgebiets" ist die gemeinsame Erklärung wortkarg. Die Beteiligten verpflichten sich, auf eine gemeinsame Wirtschaftspolitik hinzuarbeiten. "Die Steuerungsstrukturen des Euro-Währungsgebiets werden verstärkt", indem "mindestens zweimal im Jahr reguläre Tagungen des Euro-Gipfels" stattfinden.

Die Entscheidung der Eurostaaten, enthält keine näheren Angaben darüber, wie der neue zwischenstaatliche Vertrag gleichzeitig mit den bestehenden Verträgen angewandt werden soll. Die Unbestimmtheit, Könnte zu Schwierigkeiten führen. Großbritannien hat schon erklärt, dass ^{es} ~~sie~~ nicht einverstanden ist, wenn sich die bestehenden europäischen Institutionen, wie daß die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof. Sich mit Fragen befassen, die sich aus dem zwischenstaatlichen Vertrag ergeben.

Die Beschlüsse vom Dezember stellen zwar einen wichtigen Schritt dar, um die durch die Krise verursachten Probleme der Union zu überwältigen. Sie entsprechen allerdings nicht der erforderlichen Zäsur.

Das Bestehen auf einer rigiden Haushaltsdisziplin, das Hauptmerkmal der Beschlüsse vom Dezember, lässt außer acht, dass die Hauptursache der Krise nicht in der Gleichgültigkeit der Mitgliedsstaaten gegenüber den geltenden Vorschriften über die Höhe des Haushaltsdefizits und die Höhe der Staatsverschuldung liegt. Der Grund liegt im Unterschied der Wettbewerbsfähigkeit

zwischen den Mitgliedsstaaten bzw. in den Defiziten und Überschüssen der Zahlungsbilanzen, die diese Diskrepanz auslöst. Die Staaten, die nicht wettbewerbsfähig sind, kumulieren Defizite und Schulden. Die Staaten, die wettbewerbsfähig sind, sichern sich Überschüsse und Forderungen gegenüber den restlichen Staaten. Die Haushaltsdisziplin wird an dieser Tatsache nichts ändern, im Gegenteil, sie wird sie zuspitzen. Sie wird die schwächeren Länder in die Rezession ^{führen} und damit die Schwierigkeiten Verpflichtungen nachzukommen ^{erhöhen} zuspitzen.

Diese ~~geordnete~~ Entwicklung war trotz der Verzögerungen ein ausschlaggebender Schritt in einer neuen Richtung, verglichen mit einer Vergangenheit, in der Zweifel und Unschlüssigkeit vorherrschten. Die EU-Vertragsklausel, wonach die Euro-Teilnehmerländer nicht verpflichtet sind, für Verbindlichkeiten eines anderen Teilnehmerlandes aufzukommen, wenn dieses seinen Verpflichtungen nicht entspricht, wurde durch die Ereignisse überrollt. Das Prinzip dass jeder Mitgliedsstaat jedwede Schwierigkeiten alleine bewältigen muss wurde stillschweigend aufgegeben. Auch das Verbot die Europäische Zentralbank (EZB) Eurostaaten zu finanzieren, die keine Kredite an den Märkten bekommen können wurde vergessen. Die Erkenntnis, dass die WWU-Staaten gemeinsame Bestrebungen, gemeinsame Interessen haben und die Gefahren gemeinsam angehen müssen, setzte sich durch. Man hat eingesehen -trotz der starken Einwände seitens der öffentlichen Meinung in vielen Staaten- dass das Schicksal des einen Mitgliedsstaates das Schicksal der anderen beeinflussen kann und aus diesem Grund eine ständige Koordinierung und gemeinsames Handeln nötig seien.

Die irrationalen Forderungen der Gläubiger waren auf das vorherrschende Klima in der Europäischen Union zurückzuführen. Man wollte Strenge demonstrieren. Die Kreditvergabe an Griechenland sollte von Bedingungen begleitet werden, die jedes andere Land davon abhalten würde, dem griechischen Beispiel zu folgen. Die Gläubiger erkannten später, dass ihre Forderungen übertrieben waren. Sie senkten die Zinsen, verlängerten die Kreditlaufzeit und ließen dabei auch die Eventualität von weiteren Verbesserungen offen. Der Schaden, hinsichtlich der Stellung der öffentlichen Meinung gegenüber der Stabilisierung, war allerdings schon angerichtet.

100²
im Einvernehmen
mit der

48. ^{ander} Unfähigkeit der Griechen
sondern auch an der voll-
kommen falschen Planung
der Troika



ΒΟΥΛΗ ΤΩΝ ΕΛΛΗΝΩΝ

Διοργανισμός

1. der sogenannten
Troika

ΚΩΝΣΤΑΝΤΙΝΟΣ ΣΗΜΙΤΗΣ

Πρόεδρος του Οργανισμού

4/3 Jeder Kontrolle folgen neue Massnahmen die immer strenger
sind, aber nicht erfüllt werden. Die Rückstände
können nicht überwunden werden. Das liegt nicht nur 4/

① In Griechenland findet zur Zeit
ungefähr jede drei Monate ~~das gleiche~~
ein Verfahren statt, das das Land immer mehr dem
Zerfall Abgrund näher bringt. Jede drei Monate soll eine
Rate des Darlehens der Europäischen Union, des
Internationalen Währungsfonds und der Europäischen
Zentralbank ¹ ~~ausgezahlt werden~~. Damit die Rate
davon müssen die Vertreter der Troika ² ~~feststellen~~
dass Griechenland seine Verpflichtungen aus dem
Finanzierungsvertrag eingehalten hat ^{in der Regel}
Oder, wenn das nicht der Fall ist, muss ^{die Troika} ~~mit der~~ ²
griechischen Regierung beschliessen welche weitere
Massnahmen notwendig sind damit das nicht ³ ~~erreichte~~
Ziel in der nächsten ³ ~~noch~~ erfüllt wird.
Die Vereinbarung ~~der~~ über die Sanierung der
griechischen Wirtschaft liegt eine Annahme zugrunde,
die völlig unreal war. Nach ihr würde es in Griechen-
land einen wirtschaftlichen Rückgang von ungefähr
8% in den Jahren 2009-2011 geben. Danach würde
eine ~~positive~~ ^{Wirtschaftswachstum} ~~Wirtschaft~~ wieder eintreten.
Der Rückgang ~~aber~~ ~~war~~ ~~viel~~ hatte ein viel



ΒΟΥΛΗ ΤΩΝ ΕΛΛΗΝΩΝ

ΚΩΝΣΤΑΝΤΙΝΟΣ ΣΗΜΙΤΗΣ

Πρώην Πρωθυπουργός

größesten Ausmaß. Es wird bis Ende ²⁰¹² ~~von~~ die 15%
wahrscheinlich erreichen. ~~und das Jahr wird der~~ Die
Ursache ist einfach festzustellen. Wenn es keine
Investitionen geben kann und der Konsum zurück-
geschraubt wird, wird die Rezession tiefer und
tiefer. Theoretisch ist es immer ^{trotz der Rezession} möglich mehr und
mehr Sparmaßnahmen vorzuschreiben um Schulden
zu bezahlen. Aber ~~es gibt eine Grenze~~ die sozialen und
politischen Umstände sowie die moralischen ~~in~~ Pen-
sion einer Gesellschaft bestimmen Grenzen,
deren Überschreitung unakzeptabel ist. Die
Gläubiger Griechenlands hätten die erreichende
Ziele ~~mit~~ nicht abstrakt sondern in Relation zur
Rezession oder zum Wirtschaftsaufschwung
bestimmen müssen. Sie haben das nicht gemacht.
~~und obwohl~~ ^{dennoch} ihre Voraussetzungen sich als völlig
falsch erwiesen haben fordern sie die Einhaltung
von Zielen die nicht einhaltbar sind. In Griechen-
land ist ^{dieses Vorgehen} ~~das~~ ^{das} Vorgehen auf dem Brot der
Extremisten. Sowohl die Rechtsextremen als
auch die Linksextremen haben eine immer
größere Gefolgschaft. Ihre Forderung: Griechen-
land ~~so~~ muss sofort die Eurozone verlassen.

Wenn man diese engere Zusammenarbeit anstrebt, sollte man sich nicht mit der Frage aufhalten, ob man somit eine Bundesstaatlichkeit oder einen Staatenbund anstrebt oder irgend eine andere Form gemeinsamen Agierens. Wichtig ist, dass die Probleme auf der Grundlage von langfristigen Lösungen behandelt werden, dass Antworten gesucht werden, die allen Mitgliedsstaaten zugute kommen und dass die unvermeidliche Einschränkung der nationalen Souveränität, die mit der Globalisierung einhergeht, akzeptiert wird. Wenn das Ziel eine effiziente Politik der EU sein soll und nicht eine neue Verteilung von Zuständigkeiten unter den Mitgliedsstaaten und den Gemeinschaftsorganen, dann werden die notwendigen Formen gefunden werden, um den politischen Willen zu gemeinsamen Anstrengungen in die Praxis umzusetzen.

Viele Kommentatoren der jüngsten Entwicklungen in der EU haben sich zugunsten eines solchen Ansatzes ausgesprochen. Trotz der

Die vorherrschende Meinung der WWU-Praxis besagt, dass für die Bewältigung der Diskrepanzen in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen dem Norden und dem Süden vor allem das Vorantreiben von Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie strukturelle Reformen erforderlich sind. Doch das ist nicht ausreichend. Es muss auch die Unterstützung der Wirtschaften des Südens durch Investitionen und durch die Ausweitung ihrer Exporte in den Norden geben. Und dazu noch ist es notwendig, dass es ein wirtschaftliches und politisches Gesamtkonzept zur Entwicklung der Eurozone gibt. Eine wirtschaftliche Governance, die sich nicht nur auf die aktuellen Probleme beschränkt, wie dies heute der Fall ist, sondern sich für eine ausgewogene Verteilung der Vorteile der WWU einsetzt, ist in der Lage, viel besser die weiter gefasste Thematik des Wachstums anzugehen. In den USA und in der Bundesrepublik ist die Mittelübertragung von der Zentralmacht an die Bundesländer, die einen Wachstumsrückstand aufweisen, vorgesehen. Eine Vorgehensweise, die auch als Lösung für die EU vorgeschlagen wird. Berechnungen zufolge, die 2010 angestellt wurden, beliefen sich die durchschnittlichen Steuereinnahmen pro Einwohner in der Gesamtheit der Union auf 7.146 Euro. Sieben Länder haben Einnahmen unter dem Durchschnitt und sie hätten Anspruch auf Unterstützung. Zu dieser Unterstützung müssten

Finnland mit 3.500 Euro pro Einwohner, Frankreich mit 940 Euro und Deutschland mit ungefähr 100 Euro – wegen der strukturschwachen ostdeutschen Bundesländer – beitragen. Die notwendigen Leistungen für die Ausgewogenheit der Einnahmen würde sich insgesamt auf circa 200 Milliarden Euro im Jahr belaufen. Das ist eine äußerst hohe Summe. Dies würde mit Änderungen bei den Steuern der Mitgliedsstaaten und einem Anstieg der EU-Einnahmen einhergehen. Doch die größte Gefahr wäre, dass diese Transfers in den Staaten an der Peripherie nicht korrekt eingesetzt würden. Und dass sich somit die Kluft zwischen dem produzierenden Norden und dem konsumierenden Süden zementieren würde, wie im Fall Italiens. Die Lösung einer neuen föderalen Organisation mit Mitteltransfers wird von den meisten EU-Ländern nicht akzeptiert. Sie halten das vorhandene System der Unterstützung der ärmsten Regionen durch Strukturprojekte und spezifische Subventionen für kostengünstiger und effizienter. Auf der Grundlage dieses Systems zahlte Deutschland 2009 mit 6.358 Millionen Euro den höchsten Betrag ein, und Griechenland nahm die zweit höchste Beihilfe in Höhe von 3.121 Millionen Euro in Anspruch.

Die „wirtschaftliche Governance“ oder „Steuerung“ die die Eurozone benötigt ist nicht und sie kann sich auch nicht in einem Flickwerk aus verschiedenen Maßnahmen bei jedem neu auftauchenden Problem erschöpfen. Ihre Umsetzung setzt sowohl den politischen Willen für eine neue Struktur, die die existierenden Strukturen ergänzt oder sogar abändert, voraus, als auch einen langfristigen umfassenden Ansatz für die anzuwendende Politik. Das heutige System der Ausarbeitung und Umsetzung von Politik folgt dem Prinzip eines Kurzfristigen Handelns je nach dem augenblicklichen Problem das sich stellt. Es stützt sich auf schwerfällige Organe und ist ungeeignet, denn es setzt beim Treffen einer wichtigen Entscheidung Einstimmigkeit unter den Mitgliedsstaaten voraus. Es führt zu verzögerten und kurzfristigen Reaktionen.

Jean-Claude Trichet hatte in seiner Funktion als Präsident der Europäischen Zentralbank zwei Initiativen vorgeschlagen, um das effizientere Funktionieren der Union zu gewährleisten. Seines Erachtens müsste der Europäische Rat die Möglichkeit haben, ein Veto gegen Entscheidungen der Mitgliedsstaaten einzulegen, die die Wirtschaftsstabilität der Eurozone gefährden. Er hält auch die Errichtung eines „europäischen Finanzministeriums“ für zweckmäßig. Seine Aufgabe wäre, die wirtschaftlichen Entwicklungen zu beobachten und die notwendigen Entscheidungen durchzusetzen, den Finanzsektor zu überwachen und schließlich die Eurozone bei den internationalen Organisationen zu vertreten.

Eine mit Trichets Auffassung verwandte Haltung – wenn auch nicht so weitgehend in der Frage der notwendigen Abänderungen der Verträge – ist jene die der Europäischen Zentralbank die Rolle des Endfinanzierers vertrauen möchte. Sie sollte eingreifen können wenn Banken einen Staat nicht mehr beleihen. Dies ist laut den EU-Verträgen nicht gestattet. Ihre Verfasser waren der Auffassung, dass eine derartige Regelung die Europäische Zentralbank zu einer Akkumulation von Schäden führen würde, für die letztendlich die Mitgliedsstaaten aufkommen müssten. Auch würde sie zur Überschuldung der skrupellosen Staaten führen. Aus diesem Grund wurde es der Europäischen Zentralbank untersagt, den Mitgliedsstaaten Kredite zu gewähren. Die Gegenauffassung hebt hervor, dass das Krisenmanagement sehr viel einfacher und effizienter wäre, wenn die Europäische Zentralbank allein zuständig wäre und ihre Möglichkeit – nämlich Geld zu drucken - für diesen Zweck einsetzen würde. Die Europäische Zentralbank könnte schnell handeln, weil sie nicht gezwungen wäre, sich an die langwierigen Verfahren der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auf der Ebene der Gemeinschaftsorgane zu halten.

Die Spinelli-Gruppe, eine Vereinigung die sich mit europäischen Fragen befasst, stellte im Oktober 2011 einen Plan vor der Neuorganisation der Europäischen Kommission und die Ernennung eines ihrer Mitglieder zum Finanzminister der Eurozone vorsieht. Der Minister wird den Vorsitz der Eurogruppe und einer für die wirtschaftliche Governance zuständigen Gruppe von Kommissaren ^{re} ~~vorsehen~~. Die aktuelle Praxis, wonach der Umgang mit Problemen hauptsächlich durch die Eurogruppe in

entsprechenden Konferenzen und auf der Grundlage des Prinzips der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit erfolgt, ist nach der Spinelli-Gruppe die Quelle der Unentschlossenheit und der Verzögerungen. Wenn es gelingt, alle Bereiche der wirtschaftlichen Governance durch ein einheitliches Zentrum im Rahmen der Europäischen Kommission zu behandeln wird die nötige Reaktionsschnelligkeit und Kontinuität erzielt.

Dieser Vorschlag der Spinelli-Gruppe hebt zurecht die Notwendigkeit einer einheitlichen Führung hervor. Doch die Voraussetzung einer neuen Rolle der Kommission ist dass sich die Mentalität der führenden Staaten der Union ändert. Sie betrachten nach wie vor die Kommission als einen Exekutivorgan ihrer Entscheidungen, sie spielen permanent ihre Rolle herunter und schränken ihre Beteiligung an der Gestaltung der EU-Politik ein. Demzufolge ist auch die Besetzung der Kommission unzufriedend. Es handelt sich meistens um Politiker, die entweder ihre politische Karriere im Heimatland hinter sich haben oder Regierungsposten in ihrem eigenen Land nicht übernehmen werden. Bei einer derartigen abwertenden Haltung gegenüber der Europäischen Kommission ist der Erfolg der wirtschaftlichen Governance unsicher.

Die Realisierung der wirtschaftlichen Governance erfordert Änderungen der Verträge. Eine Bereitschaft für Änderungen der Verträge gibt es allerdings weder unter den Politikern noch unter den Bürgern. Die jüngste Änderung, die 2009 verabschiedet und als Vertrag von Lissabon bekannt wurde, war das Ergebnis von langen Verhandlungen, von einem Referendum über den

Text 19-12-2011

Vorschlag einer Europäischen Verfassung mit negativem Ausgang und von heftigen Auseinandersetzungen über fast ein Jahrzehnt. Die Übertragung von Befugnissen von den Mitgliedsstaaten an die Organe der Union ist zwar ein unumgänglicher Weg, sie stößt allerdings auf heftigen Widerstand vor allem seitens der kleinen Staaten und jenen, die der Eurozone nicht angehören. Die Bürger wünschen zwar die wirtschaftliche Integration lehnen aber eine übergeordnete wirtschaftliche Regierung ab. Sie sind sich nicht im Klaren darüber, dass die Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens neue Wege der Zusammenarbeit zwischen den Nationalstaaten und eine verstärkte Rolle der supranationalen Organe erforderlich macht.

In der Erklärung zum Euro-Sondergipfel vom Oktober ist ein Kapitel über die „wirtschaftliche und haushaltspolitische Koordination“ beinhaltet. Darin werden verschiedene Maßnahmen beschrieben hinsichtlich der Erstellung der Haushalte der Mitgliedsstaaten, der Einhaltung von Regeln, die die Europäische Kommission der EU auferlegt hat und der Aufsicht, die sie auf die

haushaltspolitischen Themen ausüben soll. Es wird darüber hinaus festgehalten, dass der Wirtschaftspol der WWU gestärkt werden muss, insbesondere die Koordinierung von makro- und mikroökonomischen Politiken. Als Beispiel einer notwendigen Koordinierung werden die Haushaltspolitiken erwähnt. Schließlich widmet sich ein Absatz der „Governance-Struktur der Eurozone“. Hauptthemen hier sind die Festlegung von ordentlichen Gipfeltreffen und die Funktionsweise der Präsidentschaft der Eurozone bzw. ihrer Hilfsorgane. Es handelt sich um ein bemerkenswertes Ereignis. Eine derartig detaillierte Bezugnahme auf die Führungsfragen der Eurozone hat es in der Vergangenheit in anderen Texten nicht gegeben.

Hinweise auf die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Governance /wirtschaftspolitischen Steuerung auf europäischer Ebene waren Anfang 2009 eine Ausnahme und beeindruckten nur äußerst wenige. Doch allmählich und vor dem Hintergrund der Maßnahmen, die von der EU zur Bekämpfung der Finanzkrise ergriffen wurden, wurde der Begriff der wirtschaftlichen Governance aus Gründen der Kommunikation immer häufiger benutzt. Der Begriff war attraktiv, denn er implizierte, dass sich die Mitglieder der WWU von der Vorstellung lösten, wonach keine Interventionen in die Wirtschaft notwendig sind, und sie die notwendigen Initiativen für die Bewältigung der Krise einleiten wollen. Er blieb jedoch vage.

Aus den Texten der europäischen Organe geht hervor, dass der Terminus „wirtschaftliche Governance“ eine beschreibende Bezeichnung von Themen ist, die mit Regulierungen von in erster

Linie haushaltspolitischem Charakter und mit der Umsetzung der Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten im fiskalischen Bereich zu tun haben. Er beschreibt keine Struktur des Regierens, nicht ihre Befugnisse noch ihre Ziele. Er bezieht sich nicht auf einen Plan über den Umgang mit den wirtschaftlichen Fragen der Union. Die Texte lassen erkennen, dass es einen derartigen Plan gibt. Sie meiden allerdings, diesen zu konkretisieren. Sie betonen fortdauernd die Notwendigkeit der Kooperation, die gemeinsame Anstrengung bei der Bewältigung der Krise. Doch die Staaten der Eurozone scheinen nicht der Überzeugung zu sein, dass sie einen neuen Weg eröffnen. Ihre Maßnahmen haben lediglich den Charakter eines Noteingriffs. Der Kredit an Griechenland nahm die Form eines Kredits eines jeden Mitgliedsstaats an Griechenland an, um nicht einen Verstoß gegen den EU-Vertrag darzustellen. Portugal und Irland wurden durch die vorläufige Finanzstabilitätsfazilität gestützt (EFSF). Später wurde ein ständiger Stabilitäts-Mechanismus eingeführt (ESM), der den vorläufigen ersetzte. Die Entscheidungen über die Höhe der Kapitalausstattung für diese Mechanismen wurden wiederholt geändert.

Die Entscheidungen in der Eurozone werden nicht im Zusammenhang mit einem konkreten Konzept getroffen, sondern ergeben sich aus einer Taktik, die dem Prinzip des Aussitzens gehorcht. Die wirtschaftliche Governance ist nicht und sie kann sich auch nicht in einem Flickwerk aus verschiedenen Maßnahmen bei jedem neu auftauchenden Problem erschöpfen. Ihre Umsetzung setzt sowohl den politischen Willen für eine neue Struktur, die die existierenden Strukturen ergänzt oder sogar

Verteidigungsstat - übernehmen die Sicherheit
wurde Griechenland die U-Boote übernehmen
Nationalismus in Griechenland

Berechnung
des Defizits

Im Jahre 2004 hat die konservative griechische Regierung im Einvernehmen mit Eurostat die Regeln geändert, aufgrund derer die vorherige sozialdemokratische die Regierung die Verteidigungsausgaben in den Haushalt buchte. Sie ersetzte die Verbuchung der Verteidigungsausgaben auf der Grundlage des Datums der Lieferung des Endprodukts durch eine Verbuchung auf der Grundlage des Datums des Vertrages. Diese Änderung

wurde rückwirkend angewandt und ergab für alle vorherigen Jahre ein höheres Defizit. Die Frage, wann die Verteidigungsausgaben von den Mitgliedstaaten gebucht werden sollen, ist in der Folge auf Antrag mehrerer Staaten erneut geprüft und entschieden worden. Eurostat legte am 9. März 2006 fest, dass die Verbuchung der Militärausgaben obligatorisch auf der Grundlage der Lieferung des Endprodukts zu erfolgen hat. Es wurde also die Regelung, die von der früheren Regierung in Griechenland vor 2004 angewandt wurde, als richtig anerkannt. Die obligatorische Anwendung dieser Regel begann mit den Daten des Jahres 2005. Eurostat ermutigte allerdings die Mitgliedstaaten, die Daten für die vorangegangenen Jahre auf dieser Basis zu revidieren, falls sie dies wünschten. So werden nun seit 2005 die griechischen Ausgaben für Rüstungsgüter nach dem Datum der Lieferung verbucht. Die Daten für die vorangegangenen Jahre wurden allerdings von der griechischen Regierung nicht revidiert. Hätte sie aber diese Anpassung vorgenommen, so würden die Defizite der vorangegangenen Jahre sehr viel niedriger ausfallen, unter der drei Prozent Grenze. Die Behauptung, einer Kreativen Buchführung wäre somit feierlich widerlegt worden.

Das Defizit Griechenlands belief sich vor der falschen Revidierung der Daten des für den WWU-Beitritt entscheidenden Jahres 1999 auf 1,8% des BIP bzw. auf 3,07% des BIP nach der Revision. Viele glauben nach all dem Lärm um die angebliche Verfälschung der Daten und die Täuschung der Eurozone, dass Griechenland das einzige Land mit einem Defizit von über 3% nach der Revision der Daten sei. Den von Eurostat veröffentlichten Daten zufolge

hatte allerdings Spanien im für seinen Beitritt ausschlaggebenden Jahr 1997 ein Defizit von 3,37% des BIP (Bruttoinlandsprodukt), Frankreich 3,31% und Portugal 3,38%. Diese über der 3%-Grenze liegenden Defizite tauchten -genau wie im Fall Griechenlands- nach den wiederholten Überprüfungen der Daten durch Eurostat auf. Nur bei Griechenland allerdings war von 'kreativer Buchführung' die Rede. Es ist nun an der Zeit, so meine ich, diese Diskussion zu beenden und uns damit zu befassen, wie wir die Probleme von heute angehen sollen.

Griechenland stand seit 2004 fast dauerhaft unter Finanzaufsicht gemäß den EU-Verträgen, denn sein Defizit überstieg die 3% des BIP. Dennoch wurde erst gegen Ende des Jahres 2009 das bestehende Problem bekannt. Die Aufsicht seitens der Europäischen Kommission und des zuständigen Kommissars hätte aber viel früher auf den Anstieg des Defizits und der Verschuldung hinweisen müssen, um einer nicht Kontrollierbaren Situation zuvorzukommen. Die Aufsicht seitens der Kommission war eine freundliche Zusammenarbeit mit der konservativen griechischen Regierung wegen politischer Affinitäten und keine substantielle Überwachung. Die Europäische Kommission bewies weder Objektivität noch die gebührende Sorgfalt, um die nach 2007 sich verschlechternde Lage zu verhindern. Hätte sie rechtzeitig eingegriffen, so hätte das Schuldenproblem Griechenlands einen solchen Umfang nicht erreicht.

Die Defizite Griechenlands sind nicht der ausschließliche Grund für die heutige Krise der Eurozone, wie viele zu glauben wissen.

Die Zuspitzung der Situation in Griechenland führte seit Beginn des Sommers 2011 zur Suche nach zusätzlichen Lösungen. Die entsprechenden Verhandlungen führten zu den Beschlüssen des Gipfeltreffens der Euroländer vom 23. und 25. Oktober. Ein neuer Kredit wurde gewährt, die Beteiligung der Gläubiger an der Sanierung der griechischen Finanzen mit einer Kürzung ihrer Forderungen um 50% beschlossen.

Der Euro-Sondergipfel vom Oktober führte in Griechenland zur Gründung einer neuen parteiübergreifenden Regierung und zum Wechsel des Ministerpräsidenten. Aufgabe dieser neuen Regierung „der nationalen Rettung“, wie sie genannt wurde, ist es die Beschlüsse des Gipfels auszuführen. Unmittelbar danach, also in den ersten Monaten von 2012, so die Entscheidung der Parteien, werden Neuwahlen folgen. Die Neuwahlen werde weitere Verzögerungen und Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Stabilitätsprogramms zur Folge haben. Sie sind allerdings der einzige Weg zu einer Regierung die nicht ständig in Frage gestellt wird mit dem Argument, sie hätte kein Mandat, um über die Politik des Memorandums Entscheidungen zu treffen. ✓

Griechenland hat ein besseres Schicksal verdient. Es hat seit der Mitte der neunziger Jahre große Anstrengungen geleistet, seine Wirtschaftsleistung erheblich verbessert und Reformen um sich der europäischen Strukturen anzupassen durchgeführt. Das Memorandum der Troika sollte, um erfolgreich zu sein, nicht zu

einer Entfremdung der Bürger von der Politik der Eurozone führen. Genau das trat allerdings ein. Die starken Lohn-, Gehalts- und Einkommenskürzungen, die Steuererhöhungen, die permanenten neuen Maßnahmen zu Mitteleinsparungen, die Rezession, die Arbeitslosigkeit in einer Höhe, die das Land nie zuvor erlebt hatte und die Armut, die überall sichtbar ist, haben zu einem nicht Kontrollierbaren Widerspruch geführt. Die unerreichbaren Ziele nährten den Populismus, die radikalen Haltungen und die allgemeine Ablehnung der Stabilisierungspolitik. Sie machen genau das unmöglich, was es zu erreichen gilt. Der griechische Fall ist ein Paradebeispiel dafür, dass ein strenges Sparprogramm als Mittel zum Aufschwung einer Wirtschaft einer Wette gleicht. Sie Kann nur mit richtiger Planung gewonnen werden. Wenn Maßnahmen ohne Bedacht und Maß angewandt werden geht die Wette verloren. Das Ergebnis ist ein Fiasko.

Die Entscheidung des Gipfels der Eurozone vom Oktober 2011 die Forderungen an Griechenland aus griechischen Staatsanleihen im Besitz von Banken und Versicherungsunternehmen, um 50% zu reduzieren ist zweifelsohne eine wichtige Hilfe. Die Staatsschuld Griechenlands wird demzufolge im Jahr 2020 nur 120% des BIP betragen statt der jetzt vorgesehenen ca. 180%. Sie wird allerdings noch immer weit über die Grenze von 90% des BIP liegen die von den Experten als akzeptable Schulden-Obergrenze angesehen wird. Eine weitere Kürzung wird wahrscheinlich notwendig sein. Staaten wie Italien oder Belgien, haben heute Schulden in Höhe von ungefähr 120% ihres BIP. Sie befinden sich, wie bekannt, auch in Schwierigkeiten.